LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21535**

29.09.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8719 vom 9. September 2026
des Abgeordneten Dr. Christian Blex AfD
Drucksache 18/21292

Politische Drohungen gegen Abiturienten anderer Bundesländer

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Der ehemalige CDU-Ministerpräsident Sachsen-Anhalts Reiner Haseloff stellte vor Kurzem in Aussicht, dass bei einer möglichen AfD-Regierung „Abiturzeugnisse und andere Qualifikationen aus einem solchen Bundesland von Hochschulen anderswo nicht mehr wie selbstverständlich akzeptiert würden.“[1]

Damit wird nicht nur Abiturienten betroffener Bundesländer gedroht, es könnte sich damit auch um eine massive und unlautere Wählerbeeinflussung handeln. In Sachsen-Anhalt fanden gerade Landtagswahlen statt; es folgen Ende September Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Fraglich ist insbesondere, nach welchen rechtlichen Maßstäben Abiturzeugnisse etc. aus politischen Gründen nicht mehr anerkannt werden würden. Besonders hinsichtlich der sinkenden Attraktivität des Lehrerberufs wäre ein Eingriff in die Anerkennung von Hochschulzulassungen ein schwerer Eingriff in das Hochschulsystem. Abiturienten aus betroffenen Bundesländern würden möglicherweise in ihrer Studienortwahl eingeschränkt werden.

Unklar bleiben dabei die Gründe, nach denen beispielsweise Abiturzeugnisse im Falle einer AfD-Regierung nicht länger von anderen Bundesländern anerkannt würden. Es ist fraglich, ob Lehrplanveränderungen oder doch eher politische Fragestellungen für eine solche Bewertung durch Herrn Haseloff betrachtet wurden.

Die Ministerin für Schule und Bildung hat die Kleine Anfrage 8719 mit Schreiben vom 29. September 2026 namens der Landesregierung beantwortet.

1. Welche Kriterien legt die Landesregierung hinsichtlich der Vergleichbarkeit und Anerkennung von Abiturzeugnissen aus anderen Bundesländern im Sinne des Sachverhaltes an?

[1] https://www.spiegel.de/geschichte/bodo-ramelow-und-reiner-haseloff-ueber-eigene-krisen-und-wie-gefaehrlich-die-afd-ist-a-81715a12-ff83-4981-9b74-dbf77e25ca48

Datum des Originals: 29.09.2026/Ausgegeben: 05.10.2026

Als Kriterien sind die in der KMK-Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung enthaltenen Vorgaben zugrunde zu legen, zu deren Beachtung und Umsetzung sich alle Länder verpflichtet haben.

2. Welche Umstände müssten eintreten, damit in Nordrhein-Westfalen Abiturzeugnisse und andere Qualifikationen aus anderen Bundesländern nicht länger anerkannt würden?

Abiturzeugnisse könnten dann nicht anerkannt werden, wenn unzulässige Abweichungen von den in der o.g. KMK-Vereinbarung genannten Vorgaben in einzelnen Bundesländern vorliegen sollten.

3. Wie bereitet sich die Landesregierung, insbesondere aber das Bildungsministerium, auf ein durch die AfD regiertes oder mitregiertes Bundesland im Sinne des Sachverhaltes vor?

Solange von den in den Antworten zu Frage 1 und Frage 2 genannten Vorgaben nicht unzulässig abgewichen wird, besteht kein Handlungsbedarf.

4. Liegen der Landesregierung Prognosen für den möglichen Wegfall einzelner Bundesländer in der gegenseitigen Anerkennung von Bildungsqualifikationen vor?

Nein.

5. Wie viele Lehrer mit Lehramtsausbildungen aus anderen Bundesländern haben im Jahr 2025/26 ihren Dienst in Nordrhein-Westfalen aufgenommen?

Die Zahlen werden pro Kalenderjahr (nicht für ein Schuljahr) erhoben. Im Jahr 2025 konnten in Nordrhein-Westfalen insgesamt 105 Lehrkräfte (Stand 31. Dezember 2025) aus anderen Bundesländern eingestellt werden; im Jahr 2026 sind es bislang (Stand 28. August 2026) 119 Lehrkräfte. Hinzu kommen die Lehrkräfte, die sich bereits im Schuldienst eines anderen Bundeslandes befanden und über das Lehrkräftetauschverfahren nach Nordrhein-Westfalen versetzt wurden: 149 Lehrkräfte im Jahr 2025, 143 Lehrkräfte im Jahr 2026.